

AGENDA-21-Kino am 17.1.2012: NACH DER STILLE

(Martin Hirte)

AGENDA 21 – das ist das Manifest der Nachhaltigkeit, der Aktionsplan für das 21. Jahrhundert, verabschiedet von den Regierungen der Welt im Jahr 1992. Ziel dieser AGENDA ist es, die Ressourcen der Erde sorgsam und sozial gerecht zu nutzen und dadurch auch für künftige Generationen zu erhalten.

Ein sozialer und ökologischer Brennpunkt von enormer Brisanz ist Palästina – eine Region, in der zwei Völker von zusammen 11 Millionen Menschen im Konflikt um die Ressourcen Land und Wasser leben.

Palästina ist eines der ältesten Siedlungsgebiete der Menschheit. In seiner Frühgeschichte entstand eine Mischbevölkerung aus Angehörigen verschiedenster Völker. Israelische Königreiche lassen ab etwa 1000 vor Christus nachweisen.

Nach der Eroberung Palästinas durch die Römer fanden zwei große Aufstände der Juden gegen die römische Besatzung statt, die mit der Zerstörung Jerusalems endeten. Die meisten Juden wurden deportiert und über das gesamte römische Reich verteilt. Auch heute noch leben von den weltweit 13 Millionen Juden nur 5 Millionen in Israel, etwas weniger als in den USA (in Deutschland leben 100 000).

Unter der Herrschaft von Byzanz wurde die Bevölkerung Palästinas weitgehend christianisiert, nach der Eroberung durch muslimische Araber im 7. Jahrhundert und unter der Herrschaft der Osmanen konvertierte die Mehrheit der Bevölkerung zum Islam. Anfang des 19. Jahrhunderts lebten nur 300.000 Menschen in der Region, 90% davon muslimische Araber, etwa 10.000 Juden und 30.000 Christen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begannen die europäischen Juden aufgrund von Antisemitismus und Pogromen eine neue Heimat zu suchen. Sie litten unter Armut, sozialer Isolation und politischer und religiöser Unterdrückung. 3 Millionen Juden wanderten nach Amerika aus.

Im religiösen und historischen Bewusstsein der Juden war Israel jedoch immer das "Heilige Land" geblieben, das mit der Bibel und der Geschichte des jüdischen Volkes verbunden ist. Im Jahre 1897 berief Theodor Herzl den ersten Zionistenkongress in Basel ein und legte einen wichtigen Grundstein für die spätere Gründung eines jüdischen Nationalstaates. Es kam zu ersten Masseneinwanderungen von Juden nach Palästina, gegen den Widerstand der dort ansässigen Bevölkerung.

1917 wurde durch den Sieg der Briten im Ersten Weltkrieg die osmanische Herrschaft in Palästina beendet. Der britische Außenminister Lord Balfour stellte den Juden „eine Heimstatt“ in Palästina in Aussicht. In verschiedenen Immigrationswellen wuchs die jüdische Bevölkerung bis 1939 stark an. Siedlungen und Städte wie Tel Aviv entstanden direkt neben historischen Siedlungen der Araber. Die arabischen Palästinenser verstanden nicht, warum sie den Preis für die Verbrechen bezahlen sollten, die die Europäer an den Juden begangen hatten. Sie wehrten sich teilweise mit Gewalt gegen die Einwanderung und den Landerwerb durch Juden.

Während des 2. Weltkrieges schränkten die Briten, die um die Araber als Bündnispartner warben, die jüdische Einwanderung ein. Der Holocaust gab jedoch der zionistischen Forderung nach einem Nationalstaat Israel eine ungeheure moralische und politische Kraft. Ab 1945 griffen jüdische Aufständische britische Militäreinrichtungen an, um die weitere Einwanderung durchzusetzen („Exodus“).

1947 zog die englische Armee ab, im selben Jahr schlug die UNO die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staats vor. Dem jüdischen Staat Israel mit einem Drittel der Bevölkerung sollte 55% des Landes zugesprochen werden. Jerusalem sollte unter internationale Verwaltung kommen.

Am 14. Mai 1948 kam es zur Staatsgründung des heutigen Israel. Der umgehende Angriff mehrerer arabischer Staaten führte zum so genannten Unabhängigkeitskrieg. Die israelische Armee war den schlecht vorbereiteten arabischen Truppen drückend überlegen. Israel dehnte sein Territorium auf 78% der Fläche Palästinas aus und vertrieb die angestammte Bevölkerung. 750.000 Palästinenser, ein Drittel des gesamten Volkes, verloren ihre Heimat. Die Araber sprechen von diesem Krieg auch als Nakba, das heißt Katastrophe.

Die verlassenen Städte und Dörfer wurden sofort von jüdischen Einwanderern besiedelt. Viele Dörfer wurden auch zerstört, um eine Rückkehr der ehemaligen Bewohner unmöglich zu machen. Jüdische Immigranten wurden aufgefordert, in Massen zu kommen. Dies ließ die Bevölkerung Israels in wenigen Jahren um ein Vielfaches anwachsen.

1964 gründete die Arabische Liga die PLO als politische Vertretung der Palästinenser mit dem Ziel, den Staat Israel zu zerstören und einen Staat Palästina zu gründen. 1965 entstand die Untergrundorganisation Al Fatah. Es begannen palästinensische Guerilla-Aktionen.

Im Sechstagekrieg 1967 eroberte Israel die von Jordanien und Ägypten besetzten Teile Palästinas: Das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalems, den Gaza-Streifen, die Sinai-Halbinsel und die Golan-

Höhen. Nach Kriegsende begann die israelische Siedlungsbewegung in diese Gebiete. Bis heute sind die Siedlungen im Westjordanland, die immer weiter in palästinensisches Gebiet vorgetrieben werden, eines der Haupthindernisse für einen Friedensprozess.

Nach dem Yom-Kippur-Krieg im Oktober 1973, der mit der Niederlage der syrischen und ägyptischen Streitkräfte endete, versuchte die PLO auf politischem Weg ihre Ziele weiter zu verfolgen. Ergebnis waren die Anerkennung der PLO durch die UNO 1974 und der Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten 1979.

Dem Aufbau eines lebensfähigen Staates im Westjordanland und Gaza – eine Fläche von nur noch 22 % des ursprünglichen Palästina - stand die israelische Siedlungspolitik entgegen, die Israel ohne Rücksicht auf vielfachen Protest der UNO forcierte.

Als den Palästinensern klar wurde, dass ihnen der Siedlungsbau immer mehr Land raubte, begannen sie 1987 mit der ersten Intifada – einem zunächst von zivilem Ungehorsam, später von Gewalt geprägten Aufstand, mit hunderten von Opfern. Die Intifada endete mit dem Oslo-Abkommen von 1993, das den Palästinensern einen Autonomiestatus gewährte und einen Palästinenserstaat im Westjordanland sowie im Gazastreifen in Aussicht stellte.

Im Oslo-Abkommen war jedoch das Endziel nicht klar definiert. Die Palästinenser sahen in dem Abkommen einen raschen Weg zur Beendigung der Besetzung und Errichtung eines palästinensischen Staates. Die israelischen Regierungen dagegen betrachteten das Abkommen als Freibrief, die Besetzung von Gazastreifen und Westjordanland aufrecht zu erhalten.

So wurde im Oslo-Abkommen über 60 Prozent des Westjordanlandes unter israelische Verwaltung gestellt. Nach und nach wurden hier völkerrechtswidrig 310 000 Juden in über 200 Siedlungen und Außenposten angesiedelt, während die Palästinenser mehr und mehr verdrängt wurden. Die Siedlungen wurden und werden von der israelischen Regierung materiell und ideell unterstützt und von der israelischen Armee geschützt. Illegal errichtete Häuser von Palästinensern wurden abgerissen und die Nutzung von Feldern und der Zugang zu Wasser erschwert – inzwischen verfügen die israelischen Siedler pro Kopf über viermal so viel Wasser wie die benachbarten Palästinenser.

Dies führte im Jahr 2000 zu einer neuen Runde gewalttätiger Konfrontationen, die als Al-Aqsa-Intifada oder 2. Intifada bekannt wurde. Palästinensische Selbstmordattentate und im Gegenzug die Besetzung arabischer Städte durch Israel fordern mehrere tausend Menschenleben. Die israelischen Militäroperationen machten das Leben der Palästinenser zur Hölle, schnitten Städte und Dörfer voneinander ab, zerstörten ihre Wirtschaft und brachten viele an den Rand einer Hungersnot. Überfälle auf palästinensische Städte und Dörfer, um Verdächtige zu töten oder zu verhaften, wurden alltägliche Ereignisse.

Erst mit dem Abkommen von Sharm-el-Sheikh 2005 unterzeichnet von Israel, Ägypten und Jordanien, endet die 2. Intifada.

Am 31. März 2002, also mitten in der 2. Intifada, sprengte sich der Selbstmordattentäter Shadi Tobassi in einem von Arabern betriebenen Restaurant in Haifa in die Luft. Unter den 15 Toten war der israelische Architekt Dov Chernobroda. Er hatte sich jahrelang für Frieden und Verständigung zwischen Palästinensern und Israelis eingesetzt. Kurz nach dem Attentat fielen israelische Streitkräfte in Jenin ein und töteten 54 Palästinenser.

Acht Jahre und zwei Nahost-Kriege später sah die Frau von Dov Chernobroda, Yael Amarant-Chernobroda, im Kino den Film „Das Herz von Jenin“. Darin erzählt der deutsche Dokumentarfilmer Marcus Vetter die Geschichte von Ismail Khatib. Dessen elfjähriger Sohn Ahmed war 2005 im Flüchtlingslager Jenin von israelischen Soldaten erschossen worden. Ismail Khatib spendete die Organe seines Sohnes für israelische Kinder. In Veters Film wird gezeigt, wie Ismail Khatib die fünf Kinder besucht, deren Leben er durch diese Entscheidung gerettet hat.

Yael war tief bewegt von Ismaels Menschlichkeit. Es erinnerte sie an die Haltung ihres Mannes, der immer an den Frieden zwischen Israelis und Palästinensern geglaubt hatte. Sie wollte nun selber ein Zeichen der Menschlichkeit setzen und Kontakt zur Familie des Attentäters aufnehmen. Und sie schrieb an Marcus Vetter, ob er nicht auch über ihre Geschichte einen Film machen würde, gewissermaßen als israelische Antwort auf „Das Herz von Jenin“.

Marcus Vetter war begeistert, war aber gerade mit einem eigenen Projekt in Jenin beschäftigt. Daher gab er den Auftrag weiter an zwei seiner Studentinnen, die jungen Regisseurinnen Stephanie Bürger und Jule Ott. Wir freuen uns, dass Stephanie Bürger zu uns gekommen ist, und wir wollen uns nach dem Film mit ihr über die nicht ungefährlichen Dreharbeiten und ihre Erfahrungen im Nahen Osten unterhalten.

Was ist noch geschehen in den letzten Jahren? In den letzten Jahren wurde die „Sperranlage“ zwischen Israel und dem Westjordanland errichtet, mit einer Länge von 700 km. Sie schneidet tief in die palästinensischen Gebiete hinein und schließt die großen jüdischen Siedlungsblöcke an Israel an. Dadurch hat sich Israel noch einmal 10 Prozent des Westjordanlandes angeeignet. Die Palästinenser leben nun zum Teil in isolierte Enklaven, die nur durch Straßen, Tunnel und Brücken mit einander verbunden sind und die man jederzeit sperren kann. Die Anlage trennt auch teilweise Dörfer und Städte von ihren Feldern und Brunnen ab und gefährdet damit die wirtschaftliche Grundlage der Bewohner. Während des Baus sollen 83.000 Olivenbäume gefällt und 35 Kilometer Wasserleitungen zerstört worden sein.

Im Juni 2006 kam es zum genannten Libanonkrieg. Die schiitisch-islamistische Hisbollah hatte Ziele im Norden von Israel angegriffen und zwei israelische Soldaten festgenommen. Israel antwortete einer Seeblockade, der Bombardierung von Zielen in Libanon und dem Einmarsch in den Südlibanon. Mehr als 1500 Zivilisten kamen dabei ums Leben.

Seit 2007 sind die Palästinensischen Autonomiegebiete de facto zweigeteilt. Im Gazastreifen herrscht die Hamas, das Westjordanland wird von einer Fatah-Regierung geführt.

Am 27. Dezember 2008 führt die israelische Armee als Reaktion auf Raketenangriffe der Hamas im Gazastreifen die Operation „Gegossenes Blei“ durch. In drei Wochen wurden durch Luftangriffe über 1400 Personen getötet und 22.000 Häuser beschädigt oder zerstört, dies entspricht 14 Prozent aller Häuser im Gazastreifen. Die Schäden werden auf zwei Milliarden Dollar geschätzt.

In letzter Zeit gehen radikale Siedler immer mehr dazu über, die palästinensischen Nachbardörfer zu terrorisieren. Sie zünden Moscheen an, fällen Ölbäume und zerstören landwirtschaftliche Flächen.

Im September 2010 nahmen Israelis und Palästinenser nach fast zweijähriger Unterbrechung in Washington ihre direkten Friedensgespräche wieder auf. Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu forderte die Palästinenser auf, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas machte erneut klar, dass er einen völligen Siedlungsstopp im Westjordanland erwartete.

Am 14.1.12 wurde von der SZ ein interner Bericht der Europäischen Union zitiert, der sich kritisch mit der israelischen Landnahme im Westjordanland auseinandersetzt. Es werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, um die Palästinenser zu stärken und Israels Zugriff auf Land einzudämmen. Ein klares Zeichen, dass selbst bei den engsten Verbündeten die Geduld mit der israelischen Siedlungspolitik zu Ende geht. Aus Regierungskreisen in Israel war inzwischen zu hören, dieser Bericht hätte keinerlei Konsequenzen.

Wir haben bereits zwei Filmgespräche zum Thema Israel und Palästina veranstaltet. Beide Male war Fuad Hamdan zu Gast, Palästinenser und Leiter des Dritte Welt Zentrums München. Er hat am 19.10.2011 in der Süddeutschen Zeitung einen Gastbeitrag geschrieben, in dem er die Zwei-Staaten-Lösung für gescheitert erklärt. Das geteilte und zerstückelte Palästina könne nie ein lebensfähiger Staat werden. Die einzig mögliche Lösung wäre, beide Völker würden sich in einem einheitlichen Staat Palästina/Israel zusammentun. Am Ende seines Beitrags zitiert Fuad Hamdan Theodor Herzl, dessen Vision von einem jüdischen Nationalstaat viele als Utopie kritisierten. Herzl antwortete: „Wenn ihr es wollt, dann ist es keine Utopie.“

Aktuelle Termine AGENDA-21-Kino und AK Lebensstile/Eine Welt bei

<http://www.indienhilfe-herrsching.de> -> Arbeit in Deutschland -> Agenda 21

<http://www.herrsching.de/index.php?showKatalog=1&katalogID=180&MttgSession=dd9f6137a8971be9d19e03644a698d07>

Adresse: c/o Indienhilfe e.V. (Kontakt: Elisabeth Kreuz), Luitpoldstr. 20, 82211 Herrsching, 08152-1231
email@indienhilfe-herrsching.de, www.indienhilfe-herrsching.de